

Christen in der Politik – Herausforderungen und Erfahrungen

BERICHT ZUR VERANSTALTUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFTEN DER KARDINAL STEFAN WYSZŃSKI UNIVERSITÄT, WARSCHAU

Christen und Politik - Herausforderungen

Zu Beginn der Konferenz richteten Prof. Jbigniew Kubacki, Rektor der Päpstlichen Fakultät in Warschau, Prof. Henrzk Skorowski, Rektor der Kardinal Stefan Wyszyński Universität in Warschau, und Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Polen, einige einleitende Worte an die anwesenden Referenten und Zuhörer. Während Prof. Kubacki und Prof. Skorowski sich allgemein zur Rolle der Kirche als für den Menschen Moral stiftende Institution äußerten, folgerte Herr Raabe aus dieser Prämisse die Notwendigkeit für Christen sich aktiv (gesellschafts-) politisch zu engagieren. Im Zweiten Vatikanischen Konzil ruft die katholische Kirche zwar zu verstärkter politischer Partizipation auf, die sich auch in der aktiven Mitgliedschaft in Parteien auswirken sollte, jedoch scheuen weiterhin viele Christen die Dilemmata, die die Politik aufwirft. Da jedoch aus dieser politischen Zurückhaltung der Katholiken und Christen ein politischer Raum auf für unchristliche und lebensverneinende Politik erwachse, müssten Christen verstärkt ihre Stimme innerhalb des gesellschaftspolitischen Diskurses erheben.

Nach der Einleitung in das Hauptthema „Christen in der Politik“ erläuterten die Gastgeber die Einteilung der Konferenz in zwei Hauptteile. Zunächst sollten Personen mit gesellschaftspolitischer Verantwortung aus verschiedenen Hintergründen die Herausforderungen

von Christen in der Politik erörtern, bevor im zweiten Teil „Christen in der Politik - Erfahrungen“ katholische Politiker von eigenen Erfahrungen berichten sollten. Aus diesem Grunde wurden Ryszard Montusiewicz (Polnischen Radio Lublin, Radio Vatikan, Katholische Informationsagentur (KAI)), Kardinal Kazimierz Nycz (Metropolita, Warschau, Kanzler der UKSW und des Collegium Bobolanum), Prof. Zbigniew Stawrowski (Institut für Politologie an der UKSW, Warschau), Dr. Stefan Vesper (Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken) und Prof. Tomasz syro (Hochschule für Sozialpsychologie am Institut für Politikwissenschaften der UKSW, Warschau) zur Diskussion über Herausforderungen für christliche Politiker zunächst untereinander und später im Plenum eingeladen. Die Podiumsdiskussion wurde geleitet von Prof. Jan Grosfeld, Lehrstuhlinhaber für Moderne Gesellschaftsphilosophie der Kirche an der UKSW, Warschau und Chefredakteur der Schriftenreihe „Christentum – Welt - Politik“, die von der KAS und der UKSW herausgegeben wird

Prof. Jan Grosfeld leitete als Moderator die Diskussion ein, indem er Dilemmata von Christen bei politischen Entscheidungen aufzeigte. Einerseits habe ein Christ die eindeutige Aufgabe, Gutes zu tun und daher für Frieden, Gerechtigkeit und Leben zu sorgen. Andererseits stelle die Politik Christen meist vor die Herausforderung, sich zwischen zwei Übeln und daher oft auch Verletzungen von christlichen Geboten entscheiden zu müssen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

PHILIPP HOLTERMANN

31. März 2011

www.kas.de/polen

www.kas.de

Bevor Dr. Vesper als erster Referent darstellte, wie ein Christ in der Politik trotz dieses Dilemmas im christlichen Sinne gute Politik betreiben könne, erläuterte er die sich von Polen deutlich unterscheidende deutsche Gesellschaftsstruktur. Da, anders als in Polen, nicht die eindeutige Mehrheit der deutschen Bevölkerung katholisch, sondern zum großen Teil auch evangelisch und konfessionslos ist, kommt insbesondere der Ökumene in Deutschland eine Verantwortung zur Einflussnahme auf politische Richtungsentscheidungen zu. Als zweite Bedingung eines im Sinne der christlichen Sozialethik handelnden Politikers müsse erwähnt werden, dass man, anders als zum Beispiel Vertreter des Liberalismus oder des Sozialismus, keine Klientelpolitik betreiben dürfe. Ein Christ müsse nicht nur für Christen, sondern für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechtes oder ihrer sozialen Zugehörigkeit handeln. Zu diesem Zweck soll Politik ein Wettstreit der Argumente sein, in Folge dessen sich nur die Summe der besten Argumente durchsetze, nicht jedoch starre ideologische Gebilde. Ziel eines solchen Wettstreits der Argumente sei im Regelfall ein letztendlich tragfähiger Kompromiss, bei dem die Grundhaltung eines christlichen Politikers nicht seinen Wessens kern verliere.

Als zweiter Referent stellte Prof. Zbigniew Stawrowski vornehmlich die Gefahren dar, die die Politik für Christen darstellen könnten. Mit Bezug auf den deutschen Soziologen Max Weber bezeichnete er Politik als „Schließen eines teuflischen Paktes“, womit er sich auf die Ursprungsaussage Prof. Grosfelds bezog, nach der durch Politik unauflösliche Dilemmata entstünden. Zwar bedeute das natürlich nicht, dass Politiker prinzipiell wider christliche Prinzipien handelten, jedoch bestünde die Gefahr, sich als Mensch allmählich vom christlichen Postulat zu lösen und „nur noch für den Kompromiss zu leben“. Da viele Politiker von Berufs wegen vom Mandat abhängen, instrumentalisieren manche die Religion um wiedergewählt zu werden. Eine solche Handlung sei demzufolge nicht dem christlichen Wertekanon geschuldet, sondern erfolge vielmehr vornehmlich aus rein persönlichem wirtschaftlichen Interesse. Diesen

Versuchungen müsse ein christlicher Politiker sich vornehmlich, und mehr als dies in der Vergangenheit der Fall war, erwehren.

Mit Bezug auf das Abschlussdokument des II. Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes“ forderte auch Kardinal Kazimierz Nycz, ähnlich wie Dr. Vesper, mehr politisches Engagement durch die Christen. Er teilte zwar die Ansicht Prof. Stawrowskis, dass Politik oft „schmutzig“ sei, jedoch sei politische Partizipation unabdingbar um christliche Werte in einer zunehmend individualistisch geprägten Welt zu bewahren. Darüber hinaus stellte Kardinal Nycz das Problem dar, dass durch politische Enthaltung wiederum Frustrationen über unchristliche Politiken entstünden, die wiederum auf Bischöfe und andere christliche Würdenträger zurückfielen. Diese würden in der Folge von vielen über die Politik frustrierten Katholiken dazu aufgefordert, über das kirchliche Amt Politiker zu Entscheidungen im Sinne der Christen aufzufordern. Dies jedoch widerspräche dem in Gaudium et spes dargelegten Grundsatz des institutionellen Laizismus. Als einziges Mittel zur Lösung eines solchen gordischen Knotens unterstrich Kardinal Nycz daher die politische Partizipation durch Christen. Jedoch verwies auch Nycz, ähnlich wie die restlichen Teilnehmer, auf die schwierige Gratwanderung zwischen einem politischen Kompromiss mit Politikern aus einem unchristlichen Umfeld und einem unüberbrückbaren Identitätsverlust. Ryszard Montusiewicz stellte als vierter Redner den Prozess der Gewissensbildung in den Vordergrund. Seiner Ansicht nach sei dies ein Wert, der einer ständigen Bedrohung unterliege. 3 Gewinne man jedoch den Kampf zwischen Versuchung und Moral, erwachse daraus eine starke Politik, die gemeinsame christliche Werte verteidige.

Auch Prof. Tomasz syro zeigte Gefahren für christliche Politiker auf. Im Zuge der heutigen Möglichkeiten, schnell und mit vergleichsweise wenig Aufwand Meinungsfragen durchführen zu lassen, kritisierte er die Tendenz von Politikern statt zu eigenen Positionen zu stehen, sich von Meinungsfragen leiten zu lassen und so die eigenen christlichen Werte zu verlassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

PHILIPP HOLTERMANN

31. März 2011

www.kas.de/polen

www.kas.de

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die meisten Anwesenden die Meinung teilen, dass politische Partizipation von Christen unentbehrlich sei, um für die nachhaltige Berücksichtigung der christlichen Werte in der Gesellschaft Sorge zu tragen. Diskutabel blieb indes, auf welche Weise und mit welcher Restriktion christliche Werte in der Politik verteidigt werden sollen. Dr. Vesper beispielsweise sprach sich für ein werbendes Argumentieren aus, bei dem es auch zu einem Konsens kommen dürfe, der nicht gänzlich der ursprünglichen eigenen Forderung entspräche. Demgegenüber standen die Meinungen Stawrowskis und Montusiewicz, die davor warnten, für einen Konsens die christliche Identität auf das Spiel zu setzen.

Im Anschluss an die Diskussion der Referenten untereinander wurden Fragen zu speziellen Politiken gestellt. Insbesondere die Präimplantationsdiagnostik sowie die Abtreibungspraxis riefen Unmut innerhalb der Zuhörerschaft hervor. Unter den Diskutanten herrschte Einigkeit, dass sich christliche Politiker für den Erhalt des Lebens und gegen eine Bewertung von Leben durch PID aussprechen sollten. Jedoch zeigten sich in diesem Thema die unterschiedlichen Auslegungen von politischer Praxis. Während die polnischen Diskussionsteilnehmer durchweg eine Zustimmung zu einem Kompromiss in diesen Fragestellungen kategorisch ausschlossen, folgte Dr. Vesper einer eher teileologischen Argumentationsweise.

Christen in der Politik - Erfahrungen

In der zweiten Hälfte der Konferenz diskutierten Marek Jurek, ehem. polnischer Parlamentspräsident und Vorsitzender der Partei „Die Rechten der Republik Polen“, Dr. Hermann Kues, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Jan Olbrycht, MdEP, EVP-Fraktion und Konrad Szymański, MdEP, Europäische Konservative und Reformisten unter der Leitung durch Prof. Aniela Dylus, Direktorin des Institut für Politologie der UKSW, Warschau.

Bevor die Referenten ihre Eingangsstatements hielten, fasste Prof. Dylus noch einmal die wichtigsten Punkte der ersten Panneldiskussion zusammen und bat die Referenten, vor allem ihre Erfahrungen mit Bezug zu den diskutierten Herausforderungen für christliche Politiker zu schildern.

Zunächst berichtete Dr. Hermann Kues von seinen Erfahrungen im Umgang mit Politikern, die nicht der katholischen Konfession angehören. Ihm zufolge sei die Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Handeln als christlicher Politiker die Möglichkeit, durch stichhaltige Argumente auch Nicht-Katholiken von der eigenen Idee zu überzeugen. Erst als nächster Schritt solle innerhalb einer politischen Verhandlung über die Möglichkeit eines Kompromisses debattiert werden.

Das Prinzip der Kompromissfähigkeit unterstützte auch Dr. Jan Olbrycht, jedoch mahnte er an, dass es sogar innerhalb der Fraktionen des Europäerischen Parlamentes viele divergierende Meinungen gebe, da sie teilweise Politiker aus mehr als 20 Ländern vereinen. Dies stellt die Fraktionen im Besonderen und das Europäische Parlament im Allgemeinen vor das Problem, dass vielfach in diesen Punkten ein faktischer Fraktionszwang zu Unmut innerhalb der eigenen Fraktion führe. Konrad Szymański bekräftigte die Ansicht, dass insbesondere im Europäischen Parlament die verschiedenen kulturellen Hintergründe einer Entscheidungsfindung im christlichen Sinne abträglich seien. Aus diesem Grunde kritisierte er insbesondere die deutschen 4 und skandinavischen Christdemokraten, die seiner Meinung nach sehr schnell in Fragen der Abtreibung unchristlichen, d.h. lebensverneinenden Positionen zustimmten. Darüber hinaus zeigten auch die Probleme insbesondere der schwedischen Christdemokraten mit dem Begriff „Familie“, dass kulturelle Unterschiede sehr stark einen gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozess behinderten. Daher müsse man als christlicher Politiker im Zweifelsfall eine Konfrontation mit Politikern anderer Ansichten riskieren statt die eigene Haltung aufzugeben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

PHILIPP HOLTERMANN

31. März 2011

www.kas.de/polen

www.kas.de

Diesen Punkt nahm auch Marek Jurek auf und bezog ihn auf Fragen zur Anerkennung von Homosexuellenrechten. Seiner Meinung zufolge müssten die Homosexuelle „bevorzugte Rechte“ durch das EU-Antidiskriminierungsrecht aufgehoben werden und der Familie als zentrale Institution zur Erhaltung von Gesellschaften wieder ein neuer Wert zugeteilt werden. Er kritisierte in diesem Punkt die (west-)europäischen christdemokratischen Parteien scharf, da sie seiner Meinung zufolge die eigenen christlichen Prinzipien verrieten.

Demgegenüber nahm Dr. Kues die Argumentationsweise Dr. Vespers auf, dass nur durch ein gezieltes und stichhaltig argumentierendes Werben für die eigenen Werte auch die eigenen Ziele, also Schutz des ungeborenen Lebens, Bewahrung der Menschenwürde und Schutz der Familie, erreicht werden könnten. Ein deontologisches Ablehnen jedweder Positionen, die nicht der eigenen entsprechen, sei daher den eigenen Zielen abträglich und sogar ein Ausdruck eigener Lethargie. Zudem stünde der Umgang mit Homosexualität, die eine Realität sei, nicht im Zentrum der Politik.

Über das Verhältnis von Kirche und Staat herrschte ebenso wie bei der ersten Diskussion Einigkeit, dass nur die aktive Partizipation von Christen in der Politik christlich-humanistische Werte schützen könnte. Die aktive Partizipation möglichst vieler Christen verhindere überdies, die größte Gefahr eines Christen in der Politik – die „Vergöttlichung der Politik“ wie es Kardinal Nycz im Panel I ausdrückte. Gemeinsame, gesamtgesellschaftliche Kontrolle über politisches Handeln kann so dazu führen, dass redliche Menschen, die eine innere Kohärenz zwischen ihrem Reden, Handeln und dem eigenen Leben wahren, politische Entscheidungsträger bleiben und auch im christlichen Sinne agieren.

Während der anschließenden Diskussion wurde auch aus dem Plenum deutlich, dass insbesondere eine größere Authentizität der Politiker erforderlich sei. Aus diesem Grunde wurde gefordert, eher kleinere Parteien zu fördern, die eine kleinere Wählergruppe repräsentieren und so auch eher zu einem

klaren und eindeutigen Konsens innerhalb der eigenen Partei kämen. Während Marek Jurek als Chef einer kleinen und neu gegründeten Partei dies unterstützte, widersprach Dr. Kues als Mitglied der CDU mit dem Argument, dass die Geschichte zeige, dass die Volkspartei CDU viel besser politische Notwendigkeiten umsetzen könne als eine Klientelpartei. Darüber hinaus entspreche es auch nicht dem Ideal eines Christen, nur für eine kleine Gruppe zu handeln, sondern vielmehr für alle Menschen.

So bleibt letztendlich festzustellen, dass in vielen Punkten Einigkeit unter den Christen in der Politik herrscht. Der Schutz des Lebens, der Erhalt der Familie als zentrale Sozialisationsinstitution ist ebenso wichtig wie der Auftrag zur Wahrung sozialen Zusammenlebens, den die Christen durch die Religion erhalten. Nichtsdestotrotz zeigen sich deutliche Unterschiede innerhalb der Methodiken zur bestmöglichen Umsetzung der christlichen Ideale.